

Werden die Spaltenpreise oder beim Raum mit 20 Wp., falls auf volle mit 20 Wp. berechnet, und in der Geschäftsstelle, von unterm Annahmestelle und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Kellern die Seite 75 Pf.

Erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Montags einmal, (außer pöcimal täglich).

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, G. Straubstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Sechzigster Jahrgang.

Bezugspreis: Nr. 20. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 13. Januar 1906.

Nr. 20.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 13. Januar

1906.

Politische Wochenschau.

Die Parlamente stürzten sich nach Beendigung der Ferien wieder in die ihnen alljährlich zugewiesene Arbeit. In Reichstagslage unterteilt man sich über die neuen Steuern und die Reichsanfangsreform. Herr v. Stengel hielt seine Bemerkung, daß die Regierungsvorlage ein einheitliches organisches Werk sei, nicht in vollem Umfang aufrecht. Er erklärte vielmehr, daß der Bundesrat abwarten wolle, welche Gestalt der Reichstag seinem Entwurfe geben werde und daß er sich eine Entscheidung vorbehalte. In der Budgetkommission wurden die Materie verteilt und der Titel „Polizei“ zusammengefasst, wobei eine Reihe von mannigfachen Resolutionen beifürwortet und angenommen wurde. Im Abgeordnetenhaus hielt in der üblichen Weise der Finanzminister seine Rede über den Etat, der alsdann zur Verteilung gelangte. Die finanziellen Ergebnisse sind die denkbar günstigsten. Obwohl der Voranschlag des Jahres 1904 um 192 Millionen Mark gegen das Vorjahr erhöht worden war, hat der Etat des genannten Jahres doch ganze 30 Millionen Mark Ueberschuß ergeben. Für 1905 werden bei einer Erhaltung des Voranschlags von 286 Millionen auf 273 Millionen 4 Millionen Ueberschuß erwartet. Gleichwohl begt Herr v. Rheinbaben die Besorgnis, daß er mit den Einnahmen nicht auskomme. Er will die Einkommensteuer erhöhen, wiewohl niemand hierfür einen Grund erkennen kann. Die Debatte über den Etat beginnt heute. In der Volkskammerkommission, die am 10. Januar ihre Sitzungen begann, wurde der erste Mißstand nahezu vollständig im Sinne der Regierungsvorlage angenommen. Ein nationalerlicher Antrag, der die Verfassungsfrage aufwirft, gelangte noch nicht zur Abstimmung. Die Kommission vertagte sich auf Mittwoch nächster Woche. Im Lande nimmt die Bewegung gegen den Gegenstand immer noch stark zu. Die „nationalliberale Jugend“ brachte einen äußerst scharfen Protest gegen die Vorlage. In der rheinischen Delegiertenversammlung der nationalliberalen Partei in Coblenz wurde ein Beschluß gefaßt, der sich gleichfalls als eine starke Verurteilung der Studischen Vorlage darstellt. Bedeutliche Beschlüsse wurden gegenwärtig in Saarbrücken, Dortmund und anderen Orten, in zahlreichen liberalen Versammlungen. Der Generalvorstand der Rheinischen Vereinigung, der am Sonntag in Berlin saß, beschloß für den 24. und 25. Februar einen Delegiertenkongress nach Berlin ein, der sich besonders auch gegen die Schulvorlage aussprechen wird. Die freisinnige Volkspartei veranstaltete in Wiesbaden, Korbhausen und besonders in Berlin impulsive Kundgebungen gegen den Studischen Entwurf. Auch die Städte der preussischen Provinzen haben bereits ihre Aktion begonnen. Es nahmen scharfe Proteste an der hannoverschen, der pomeranischen, der sächsischen und der sächsischen Städte. Die übrigen Provinzen werden alsbald folgen. Öffentlich gelangt es, durch diese geradezu allmätigen Stimmungs- und Willensäußerungen, die nationale und kulturelle Entwicklung der deutschen Volksschule vor den Gefahren der Studischen Vorgeschichte zu bewahren. Die Abgeordnetenhauskommission für das Provinzial- und Kreisabgabengesetz erledigte eine Reihe von Bestimmungen dieser Vorlage, die sich in der Hauptsache wieder als eine Verheerung von Handel und Gewerbe darstellt. Das gegen diese Verheerung des Handels und Gewerbes, sowie gegen die enormen Neubelastungen, welche die Luftpollungs- und Zuchtverkeimungsteuer, die Bier- und Zabaflsteuer dem Kaufmann und dem Handwerker auferlegen, die sogenannten „Mittelklassensteuer“ nach dem Entlage von Herrn Napard und Konforten irgendwie bereits protestiert hätten, ist nicht bekannt geworden. Hier wäre diesen Mittelklassen Gelegenheit geboten, wenn sie es ernst meinen, wirklich etwas für den Mittelstand zu tun. Aber ihre Intimität mit dem Bunde der Landwirte hindert sie nur zu sehr daran.

Die Maroffrage gewann mit dem Herannahen des Termins der Konferenz in Algerien an Aktualität. Spanien faßt die Errichtung der Konferenz mit Ändlichkeit auf die hochste Stufe im spanischen Königreiche um eine Woche hinaus, so daß die Konferenz nunmehr am 16. Januar zusammenzutreten wird. Die gemeinsame Zeit benutzte die deutsche Regierung, um dem französischen Gehilfen ein Bescheid gegenüberzustellen. Es ergab sich daraus, daß Herr v. Zanderlandier, der gegen den Vorwurf protestiert hatte, als Mandatar Europas in Paris aufzutreten zu sein, nach der Form seines Auftritts (wobei wie nach dem Inhalt seiner Forderungen den überzeugenden Eindruck hervorbringen mußte, als ob ganz Europa seine Politik billige. Die Zauderung der deutschen Politik, die Zerstörung der deutschen Diplomatie, wie sie Frankreich beliebt, bildet ein unangenehmliches Gegenstück zu der Artrogung, mit der die französische Regierung in Maroffe auftrat. Es ist kein Wunder, wenn die französische Presse nach dieser Aufstellung des wahren Charakters der auswärtigen französischen Politik zu dem Ausdrucksmittel griff, die Neuerungen des Wahrges als lächerlich hinzustellen. Eindruck vermochte sie indes damit nicht mehr zu machen; die Brutalität, die Frankreich im Behorbenen auszuwählen, ist es vermutlich nun auf der Maroffkonferenz vor aller Öffentlichkeit zur Schau tragen möglich. Es redet dabei immer so viel von seiner Schlagbarkeit. Aber diese Schlagbarkeit ist nichts als eine Phrase, da Frankreich alle möglichen diplomatischen Pressionen und Redungen unternimmt, um aus der Konferenz als Sieger hervorzugehen. Neben die Stellung der Mächte läßt sich ferner sagen, daß England, wie Campbell-Bann-

man betonte, dem französisch-englischen Vertrag entsprechend Frankreichs Position unterstützen wird. Dasselbe gilt von Spanien, dessen Premierminister Moret gleichfalls erklärte, daß Spanien auf der Basis des spanisch-französischen Abkommens sitze, und getreu diesem Abkommen verfahren werde. Italien entfiel zur Konferenz, seinen alten Staatsmann von internationalem Ruf, Visconti Venosta, der als Begründer des französisch-italienischen Mittelmeer-Uebereinkommens bekannt ist. Man hörte davon, daß Italien mit Frankreich in Unterhandlungen sitze wegen der Ueberlassung des Protektorats über die italienischen Odenanstalten im Orient und in Olfassen an die italienische Regierung. Dieser freundschaftliche Akt Frankreichs gegenüber Italien wird ebenso wie die Abmachungen über Tripolis und sonstige Mittelmeerbestimmungen Italiens wohl bestimmen, Frankreich in Maroffe Vorrechte einzuräumen. Oesterreich-Ungarn soll von Frankreich durch den Hinweis auf Oesterreichs Stellung in Bosnien und der Herzegovina gewonnen werden, die bei von Frankreich in Maroffe begehren entspricht. Es hat dem österreichisch-ungarischen Kaiserthum ein Entgegenkommen beizulegen insofern, als es die bulgarischen Handelsvertragsverhandlungen einstellt, nachdem der Konflikt Oesterreichs mit Serbien und Bulgarien wegen der Jollunion ausbrach. So sieht man also eine gefloßene Weibheit der Großmächte gegen Deutschland vereint. Ausland hat durch Witte zwar geäußert, daß die Maroffanische Frage keine Krisis zeitigen werde, aber seine Worte waren mehr der Ausdruck eines frommen Wunsch als von dem Willen diktiert, aktiv in der Marofffrage einzugreifen. Außerdem sagte Rowier dem Russen gerade jetzt den Goldvorrath. Wajko verhalten sich anscheinend die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Politik immerhin noch nicht genügend geklärt erscheint. Deutschland geht ziemlich isoliert auf die Konferenz, da fast alle Mächte bereit sind, die französischen Vorrechte anzuerkennen, mögen sie nun durch die vertragliche Zulassung seitens Frankreichs gewonnen sein oder durch jene. Und doch verlangt Deutschland in Maroffe nichts anderes als bloß „offene Tür“. Diejenigen auswärtigen Behorgeren und Nationen, welche gegen Deutschland in blinder Kälte toben, und ihm allerbald abenteuerliche Mäße in die Schuld schieben, werden sich vor Staunen kaum fassen können, wenn sie nun allmählich immer klarer einsehen, daß die ganze Schuld Deutschlands bloß in dem Verlangen bestand und besteht, seinem Handel Freiheit zu sichern. Ob diese Erkenntnis von Einfluß auf den Verlauf der Konferenz sein wird, muß man abwarten.

Anfolge den Uebereinkommungen bei der Bearbeitung der Maroffanischen Politik ist der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Rühlbosen vom Schlage getroffen und liegt schwer leidend darüber. Es starben im Laufe der Woche der frühere Eisenbahnminister Herr v. Tzielen und der elsäß-lothringische Unterstaatssekretär Herr v. Schraut, sowie der altbairische Bischof Weyer in Bonn. Großes Aufsehen erregte der neue Kolonialstand in Kamerun, wo die besorgensvollenden Hauptlinge in Duala, die sich gegen den Gouverneur v. Ruttelamer an dem Reichskanzler gewandt hätten, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, weil ihre Beschwerden über den Gouverneur geeignet sei, das deutsche Ansehen zu untergraben. Dieser Fall wird im Reichstag gründlich besprochen werden müssen. Verbält sich die Sache so, dann liegt ein geradezu unerhörtes Vorgang von Unrechtsjustiz vor, wieder ein Fall von vielen, die in ihrer Gefantheit darauf hinwirken, daß Kolonialausfälle zustande kommen. Auch die von dem Kolonialamt verfaßte Einziehung von Stamm land in Südwestafrika hat keineswegs unseren Beifall. Diese Einziehung ist außerdem ein Akt absoluter Verwaltungsbeugnis einer einzelnen Behörde. Es ist keinesfalls zuzugeben, daß Bundesrat und Reichstag auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausgeübt werden, zumal aber dann nicht, wenn es sich um Akte von grundsätzlicher Bedeutung handelt. Das Kolonialamt kann aus sich selbst kein Kolonialrecht schaffen. Es bedarf unbedingt zu seinen beizuliegenden Maßnahmen der parlamentarischen Genehmigung. Die Wahrscheinlichkeiten demonstrationen in Sachen und jetzt auch der Breslauer Prozeß gegen den Redakteur Löbe haben zu einigen Beurteilungen geführt, die immenses Aufsehen in allen Bevölkerungsschichten erregt haben. In diesen Urteilen kam noch dasjenige gegen den Redakteur der Frankfurter „Volkstimme“ wegen Nachbruchs eines beleidigenden Artikels gegen Säbel und Pöbelbischts hinzu. Man muß das Verlangen an die Abgeordneten richten, die Urteilsprüche der letzten Wochen im Parlament einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Das dratsenliche Urteil gegen Löbe wegen Entfaltung einer absogrohen Phantasterei in einem Artikel, der an und für sich bedeutungslos ist, wird in den westlichen Kreisen der Bevölkerung und zwar nicht bloß der sozialdemokratischen als ein Ausfluß von Unrechtsjustiz empfunden werden, obwohl natürlich den Richtern derartige Motive vollständig fern gelegen haben. Was hat alles sozialreformatorische Wirken für einen Zweck, was kann die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung der letzten zwanzig Jahre an positiven Werken erreichen, wenn immer wieder der Weltau auf alle Bestrebungen reformatorischer Art sich legt. Vergleiche man ferner die Miße, die beispielsweise einem antisemitischen Führer wie dem Grafen Wladimir gegenüber an den Tag gelegt wurde, der doch wahrhaftig an Aufregungen zu Gewalttaten es in nichts hat fehlen lassen, mit solchen Urteilen wie denen der letzten Tage, so kann einen die starke Erbitterung im Volke kaum noch wundern. Ein eigentümlicher noch nicht genügend aufgeklärter Vorgang ereignete sich in Lübeck, wo ein Soldat einen Offizier

auf dem Exerzierplatze mit dem Gewehrholben niederzuschlug. Offenbar wird der Reichstag Gelegenheit nehmen, sich über den Fall Arbeit zu erbitten. Bis jetzt ist dieser Fall durch und durch räthselhafter Natur.

Die englisch-deutsche Veröhnungssaktion machte auch in dieser Woche weitere Fortschritte. Leider sind in England noch weite und bedeutende Kreise des Volkes von einer freundschaftlichen Stimmung zu Deutschland ererblich entfernt, während in Deutschland die Bewegung zugunsten einer Annäherung fast über das Maß hinausgewachsen ist. Der englische Wahlkampf wird mit enormer Erbitterung ausgefochten. Heute nacht kann man die ersten Wahlergebnisse erwarten aus einigen Orten, in denen Gegenstandbar nicht aufgestellt waren. Die Hauptabtschlacht findet nächste Woche statt. Campbell Rannermans unionistische Gegenkandidatur ist zurückgezogen worden, jedoch der Premier auf alle Fälle gewählt werden wird. In Frankreich wählte die Deputiertenkammer wieder Doumer zu ihrem Präsidenten und der Senat wählte Fallières wieder. Nächste Woche findet der Verialet Kongress zur Neuwahl des Präsidenten der Republik statt. Spanien fand abermals am Hande einer Ministerkrise. Oesterreich-Ungarn fasste seine definitiven Beschlüsse in Sachen des deutschen Handelsvertrages, der seitens Oesterreich-Ungarns formell ratifiziert werden wird. Er wird in Oesterreich gesetzlich promulgirt, in Ungarn auf dem Verordnungswege eingeführt werden. Das Gericht von dem Kärntner Goluadomstisch erhielt sich. Die Kritik in Ungarn besteht nach wie vor fort. In Differenzen geriet Oesterreich-Ungarn mit Serbien wegen der serbisch-bulgarischen Jollunion, die König Peter insgesammt mit dem Roburger abgeloßten. Vermuthlich wird Serbien den Jollvertrag gleichwohl ratifizieren. Der deutsch-bulgarische Handelsvertrag ist bereits dieser Tage rechtig unterzeichnet worden. Seitens Kanada wurde gemeldet, daß es bereit sei, die Periode des Zollkriegs gegen Deutschland zu beenden und einen für beide Mächte günstigen Handelsmodus zur Einführung gelangen zu lassen. Man muß abwarten, was daraus wird. Die deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sind offenbar an einem toten Punkt angelangt. Ausland hat den Generalstreik der Eisenbahnen und Postbeamten überunden. Frankreich schloß mit Russland gerade im rechten Augenblick vor der Abschließung eines neuen Vertrags ab, der Russland einen harten Goldvorrathsgewähr, so daß das Reich des Jaren der Weg der Reformpolitik steinlich geklärt betreten kann. Wie wenig es übrigens damit eilt, beweisen einige Neuerungen Witters, der in einem Interview betonte, daß die Selbstherrlichkeit des Jaren nach wie vor fortbestehe. Die Wahlen zur Duma sollen zwar, wie offiziell versichert wird, beschleunigt werden. Aber stets bedeutet eine solche offizielle Mitteilung praktisch die weitere hinauschiebung des Zulamentritts der Reichsдума. Weidlich ist die Situation für das Jarenreich augenblicklich nur noch in den baltischen Provinzen, im Kaukasusgebiet und in Sibirien. Die Mandschuarmee soll zu einem Drittel aufständisch sein. Für den Kaukasus verlangt Borozonow-Dachstow zwei Armeekorps. Einige bemerkenswerte diplomatische Vorgänge vollzogen sich durch die Veröffentlichung des chinesisch-japanischen Vertrages, die der englischen Presse Anlaß gab, die Erstens eines geheimen Abkommens zwischen China und Japan anzudeuten. Ferner beschloßen Rußland und China ein besonderes Mandchurienabkommen zu treffen. Auch in der ostasiatischen Frage will Ausland offenbar so viel wie möglich seine alte Witterische Politik fortsetzen. Witte hat es dabei zu danken, daß es nicht in jeder Beziehung ganz von vorne anfangen braucht.

F. W.

Deutsches Reich.

Ges- und Personalnachrichten. Die Kaiserin rüchete an den Staatsminister Schönstedt ein Telegramm, in welchem sie erklärt, daß sie gern bereit sei, das ihr angetragene Ministeramt über das Komitee für die Errichtung einer Welterkennnt auf der Verwirklichung der Einigungserklärung zu übernehmen. Sie hoffe, daß es der bereitwilligen Arbeit so vieler Männer bel gelingen würde, das für das Wohl des Volkes so bedeutende Werk zur Vollenbung zu bringen. Der Großherzog von Sachsen-Weimar wird Ende dieses Monats nach Berlin der Trauerzeit um seine im Januar vorigen Jahres verstorbenen Gemahlin eine Reise nach Berlin antreten. Das grünen mittan über das Befinden des Staatssekretärs Freizeker v. Rühlbosen ausgegebenes Bulletin lautet: Die Aufhebung des Bewußtseins ist beendet. Das Allgemeinbefinden ist den Umständen entsprechend besriedigt.

Kabinettswechsel im Königreich Sachsen.

Die „Dresdener Nachrichten“ melden an leitender Stelle: Wie schon bekannt, wird mit Schluß des gegenwärtigen Bundtages Herr v. Welsch aus seinem Amte scheiden. Wir erörtern aus obolul zuverlässiger Quelle, daß zu seinem Nachfolger der bisherige sächsische Gesandte am Berliner Hof Graf Hobenthal und Bergen ernannt worden ist, der nach dem Rücktritt des Ministers v. Welsch die Führung der Geschäfte in den Ministerien des Innern und des Äußerer übernehmen wird.

Minister v. Budde über die Eisenbahnreform.

In der Bundestagskommission des Reichstages befragt bei dem Ent des Reichsbahnkommissionar Minister v. Budde den Veranlasser, bei dem es sich nicht, wie die Presse immer noch fälschlich behauptet, um eine preussische Reform hand-





